

2010 – 2025 – 2040

Energiewende mit 100 Prozent Erneuerbaren



„Ich möchte Sie begeistern“, rief Ingrid Möhring in den Kreistag. Bei der Einbringung des SPD-Antrags für eine Energiewende im Landkreis Göttingen wollte der Funke zunächst nicht auf alle Abgeordneten überspringen. Doch zum Abschluss der ersten Beratungsrunde meinte die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion: „Ja, es geht doch!“

In ihrem Antrag formulieren die Sozialdemokraten ein großes, gewichtiges Ziel: Bis zum Jahr 2040 soll der kreisweite Energiebedarf zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden. Im Jahr 2025 sollen es bereits mindestens 50 Prozent sein. Die Voraussetzungen seien „ausgesprochen gut“, versicherte Möhring in der Juni-Kreistagsitzung und verwies auf den überdurchschnittlich hohen Waldanteil in der Region, das Potential für den Anbau von Energiepflanzen und die neuen Bioenergieanlagen im Kreis.

„Mit der örtlichen Energieerzeugung stärken wir die regionale Wertschöpfung, schaffen zukunftssichere Arbeitsplätze und

Die neue Bioenergieanlage in Barlissen als gutes Beispiel: Vorstandssprecher Heiko Lohrengel informiert Ingrid Möhring, Dr. Thorsten Heinze und Jörg Wieland vor Ort (von rechts).

machen uns unabhängig“, heißt es in der Antragsbegründung.

SPD-Fraktionschef Jörg Wieland betont zudem die Vorteile für eine langfristige Förderung durch die Europäische Union. Ein wichtiger Beitrag werde auch für Umwelt- und Klimaschutz geleistet. „Durch die Energiewende kann der CO₂-Ausstoß in der Region um rund die Hälfte reduziert werden“, erklären Wieland und Möhring.

Die Energiewende in der Region sei mit einem intelligenten Energiemix und Einsparungen im Verbrauch zu schaffen. Um Kräfte zu bündeln, müsse ein Netzwerk geschaffen werden. „Wenn wir

Fortsetzung Seite 2 >>>

Liebe Leserin,
lieber Leser,

zu Beginn der Urlaubszeit haben bei tropischen Temperaturen unsere Freibäder Hochkonjunktur. Öffentliche Bäder sind in der Regel Zuschußbetriebe, aber ich meine, sie sind ein wesentlicher Teil unserer Lebensqualität, ebenso wie eine zukunftssichere Energieversorgung, gute



Schulen, die Kinderbetreuung und eine gesunde Umwelt, um nur wenige Themen aus dieser Ausgabe zu nennen. Die Schließung des Hallenbades in Gimte durch den Landrat und der Verkauf des kreiseigenen Schulandheimes Pelzerhaken durch die schwarz-grüne Kreistagsmehrheit haben wir Sozialdemokraten keineswegs vergessen. Gerade in Pelzerhaken hatten Familien, Schulen und Vereine die Möglichkeit, kostengünstige Ferien sowie Klassen- und Vereinsfahrten durchzuführen. Wir bleiben an den Themen dran.

Ich wünsche allen einen wunderbaren Sommer, schöne Ferien und einen erholsamen Urlaub.

*Ihr Jörg Wieland
Fraktionsvorsitzender*

Inhalt dieser Ausgabe

Energiewende im Landkreis	Seite 1
Rettungsdienst gefährdet?	Seite 2
Gesundheitsregion ohne Kreis	Seite 3
Duderstädter Schulen	Seite 4
Kompromiss zum FFH-Gebiet	Seite 4
DSL-Netzausbau	Seite 5
Tagespflegebörsen	Seite 5
Personalien	Seite 6

das ehrgeizige Ziel erreichen wollen, müssen aber alle Akteure an einem Strang ziehen“, fordert Ingrid Möhring. „Deshalb regen wir den Aufbau eines Netzwerkes Erneuerbare Energien an“, so Möhring.

Netzwerk Erneuerbare Energien

Es soll nach Vorstellung der Sozialdemokraten federführend von der Energieagentur Region Göttingen koordiniert werden und unter anderen Kommunen, Stadtwerke, Energieversorger, Forschungseinrichtungen und die Verbraucher umfassen. Bei Bedarf müsse der Landkreis den Aufbau dieses Energienetzwerkes mit Personal unterstützen, fordert die SPD.

Die Kreisverwaltung soll den Auftrag bekommen, gemeinsam mit der Energieagentur einen Fahrplan auszuarbeiten und darzulegen, wie die Energiewende wirkungsvoll vollzogen werden kann. Vorhandene Konzepte wie „Hot Spot Bioenergie-Region“ sollen als Grundlage für die Erarbeitung des umfassenden Energiewende-Konzeptes dienen.

Zu den drei Bereichen Wärme, Strom und Kraftstoff macht die SPD folgende

Vorschläge: Bei der Stromerzeugung soll laut Antrag verstärkt auf Photovoltaik, Wasser- und Windkraft gesetzt werden. Originaltext: „Deren Ausbau lassen es realistisch erscheinen, dass der Landkreis bis 2040 seinen Strombedarf zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien deckt.“

Bei der Wärmeerzeugung sieht die SPD ein großes Potential in der Bioenergie, zumal im Landkreis mit Jühnde das erste Bioenergiedorf Deutschlands existiert. Auch hier sei das 100-Prozent-Ziel möglich. „Der Landkreis hat mit 390.000 Euro viel Geld für eine Machbarkeitsstudie für Bioenergiedörfer investiert. Deshalb muss an der Umsetzung konsequent weiter gearbeitet werden. Die Zahl der Bioenergiedörfer muss sich weit mehr als verdoppeln“, so die Sozialdemokraten.

Bei den Kraftstoffen setzt die SPD auf Car-Sharing und optimale Verkehrskonzepte. Auch die Elektromobilität und die Erhöhung der Fahrradfreundlichkeit bietet laut SPD-Antrag große Chancen, soweit der Strom umweltfreundlich produziert wird. Der Antrag wird im nächsten Schritt im Umwelt- und im Wirtschaftsausschuss des Kreises beraten.

Hintergrund

Energieagentur Region Göttingen

Die im August 2009 von 45 Mitgliedern gegründete Energieagentur Region Göttingen e. V. soll durch eine professionelle Beratung auf dem Gebiet der Energieeinsparung, Nutzung der Erneuerbaren Energien und Energieproduktion sowie Öffentlichkeitsarbeit zum Klimaschutz beitragen. Geschäftsführerin ist Doreen Fragel. Die Arbeit erfolgt in enger Abstimmung zwischen der Stadt und dem Landkreis Göttingen sowie den regionalen Akteuren. Schwerpunkte sollen die Netzwerkbildung und Dienstleistungen für Haushalte, Energieberater und Handwerker sein. Vorsitzende des siebenköpfigen Vorstandes ist Kreisrätin Christel Wemheuer. Die Geschäftsstelle befindet sich in Göttingen, Berliner Straße 2 (Tel. 0551 / 37074980, info@ear-goettingen.de).

Rettungsdienst gefährdet?

SPD: Europaweite Ausschreibung wäre unsinnig

Der Landkreis muss Dienstleistungen im Rettungswesen vorerst nicht europaweit ausschreiben. Das geht aus einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) aus dem April hervor. SPD-Fraktionschef Jörg Wieland ist darüber erfreut. „Dem Landkreis bleibt unsinnige Bürokratie erspart“, sagt er erleichtert.

Allerdings hat der Gerichtshof nicht abschließend geurteilt. Eine europaweite Ausschreibung könnte jederzeit erneut Thema werden. „Die Landesregierung und das Europaparlament müssen deshalb mehr Rechtssicherheit schaffen“, fordert Wieland. „Die Bürger im Landkreis brauchen einen qualitativ hochwertigen und leistungsfähigen Rettungsdienst und keine Billiganbieter, die die bisher tätigen Hilfsorganisationen verdrängen.“

Wieland erinnert daran, dass im aktuellen Landes-Rettungsdienstgesetz die Vorrangstellung für das Deutsche Rote Kreuz, den Arbeiter-Samariter-Bund, den Malteser Hilfsdienst und die Johanniter-Unfall-Hilfe gestrichen wurde. „Wir fordern, dass die gewachsenen Strukturen



wieder gesetzlich berücksichtigt werden“, sagt Wieland, „nur so können die Hilfsorganisationen auch den Katastrophenschutz und die schnellen Einsatzgruppen bei Großschadenslagen bewältigen.“ Es könne nicht angehen, dass neue Anbieter von außerhalb sich den bezahlten Rettungsdienst mit Billiglöhnen und Gewinnen einverleiben, während die

Die Zuverlässigkeit der Rettungsdienste darf nach Ansicht der Sozialdemokraten nicht dem Markt geopfert werden.

Arno Bachert / pixelio.de

Hilfsorganisationen mit ihren Ehrenamtlichen den Katastrophenschutz aufrecht erhalten und bei Großschadenslagen nur noch unterstützend tätig werden dürfen.“ Der Rettungsdienst war kürzlich auch Thema bei einem Besuch des SPD-Europaabgeordneten Bernd Lange in Göttingen, der vor Ort seine volle Unterstützung zusagte.

Gesundheitsregion ohne Kreis CDU/Grüne vertun eine wirtschaftliche Chance

Mit großem Unverständnis hat die SPD-Kreistagsfraktion auf den Mehrheitsbeschluss des Kreistages reagiert, dem Verein „Gesundheitsregion Göttingen“ vorerst nicht beizutreten. Gudrun Surup, Kreistagsabgeordnete aus Hann. Münden: „Mit äußerst fadenscheinigen Gründen will die schwarz-grüne Mehrheitsgruppe diesem vorbildlichen Projekt fern bleiben.“



Auch das Evangelische Krankenhaus Weende gehört zu den frühen Mitgliedern der Gesundheitsregion Göttingen.

Die SPD-Kreistagsfraktion hatte sich seit Bekanntwerden der Gründungspläne für einen Beitritt des Landkreises stark gemacht. Schließlich habe das Gesundheitswesen in der Region Göttingen eine unübersehbare Bedeutung als Wirtschafts- und Standortfaktor. Das strategische Ziel der Region, ihr Profil als Gesundheitsregion mit internationaler Bedeutung zu schärfen, müsse auch vom Landkreis Göttingen von Anfang an mitgetragen werden. Dies sei mit einem vergleichsweise geringen Mitgliedsbeitrag möglich.

Besonders kritisch fällt das Urteil über die Beitrittsablehnung durch die Kreis-Grünen aus. Surup: „Im Rat der Stadt Göttingen haben sie sich zusammen mit den anderen Fraktion nicht so schwer getan und anhand sachlicher Argumente positiv entschieden.“

Einstimmig war der Beschluss der Stadt zum Beitritt ausgefallen – und das noch vor der Gründungsversammlung im Mai. „Besonders peinlich“ ist die Ablehnung durch die schwarz-grüne Gruppe nach Ansicht von Gudrun Surup, weil genau

am Tage der Kreistagsitzung ein großes Interview erschien. Darin wirbt der Gesundheitsregion-Vorsitzende, Professor Cornelius Frömmel (Universitätsmedizin Göttingen) für eine breite Beteiligung. Dem Verein gehören bereits über 60 Institutionen an.

Rechtliches Nachspiel

Der Kreistagsbeschluss zur Gesundheitsregion hat auch ein kommunalrechtliches Nachspiel. In einem Schreiben an Niedersachsens Innenminister Uwe Schönemann rügt Fraktions-Chef Jörg Wieland das Verfahren. Nachdem der SPD-Antrag zum Beitritt abgelehnt worden war, wurde über einen Änderungsantrag der CDU/Grünen abgestimmt, der den Beitritt vertagen sollte. Das war jedoch nach SPD-Sicht unzulässig. Wieland: „Wir hoffen sehr, dass wir aufgrund des Fehlers noch einmal neu abstimmen müssen. Dann haben die Grünen eine zweite Chance.“

19 Auszubildende

Der Landkreis Göttingen will auch 2011 weiter über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden. Das teilt die SPD-Kreistagsfraktion mit. „Als Arbeitgeber will der Landkreis damit jungen Menschen Perspektiven geben“, erklärte Gerhard Nolte, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion.

„Das ist ein wichtiges Signal in Zeiten eines bewegten Arbeitsmarktes. Wir unterstützen das voll und ganz“, so Nolte. Der Landkreis werde damit seiner

Verantwortung als Arbeitgeber gerecht.



Das sei auch deshalb notwendig, weil durch die Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre bis zum Abitur 2011 fast doppelt so viele junge Menschen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden, begründet Nolte.

Für das Ausbildungsjahr 2011 will die Verwaltung insgesamt 19 Auszubildende einstellen. Damit liegt der Landkreis ein Drittel über dem eigenen Bedarf.

Zirkus im Kreishaus?

Wenn Kinder das Wort Zirkus hören, ist die Freude groß. Doch von Erwachsenen wird Zirkus nicht nur mit Clowns, Artisten und wilden Tieren verbunden. Es ist auch ein Synonym für „Chaos“ und „ungeplantes Durcheinander“.

Es soll auch Zirkus geben, der nicht unter einem Zelt stattfindet. Im besagten Fall ist das ein Zirkus mit menschlichen Protagonisten. Da gibt es Akrobaten, Artisten, Feuerspucker und Seilkünstler, Zauberer, Personal, das im Hintergrund für einen reibungslosen Ablauf sorgt. Und es gibt den Herrn Direktor, der über den Dingen schwebt und den Zirkus nach außen vertritt. Dort ist die Stimmung allerdings mies.

Artisten wandern ab, Akrobaten werden überfordert, Seilkünstler fallen krankheitsbedingt aus, das Personal murt und wird nicht gehört.

Das beteiligte Publikum – wen wundert's – hat's bemerkt.

Sechs Monate Wartezeit, um Anträge auf Geld-Leistungen für Kinder zu bearbeiten (wohl gemerkt, auf diese Leistungen besteht ein Rechtsanspruch!). Verkehrsschauen, die nicht mehr stattfinden oder deren Ergebnisse nicht umgesetzt werden (sie sind aber gesetzlich vorgeschrieben!). Und dann ist die Gewerbeaufsicht im Zirkus, weil das Personal systematisch überlastet wird und von den Überstunden nicht herunterkommt. Was ist da los? Und wo ist der Direktor? Ach richtig, der sitzt noch beim Pressegespräch und schwärmt von seiner Arbeit. Und die Probleme im Zirkus? Welche Probleme? So befreit man sich von der Last, Lösungen finden zu müssen. Man ignoriert die Probleme.

Wenn's im Zirkus nicht mehr rund läuft, ist der Direktor gefordert. Die Probleme entpuppen sich zunehmend als Führungsproblem. Man muss aufpassen, dass der Zirkus nicht zum Zirkus Maximus verkommt. Der hat nämlich nur den Zuschauern Vergnügen bereitet. Da ist es gut, dass der Direktor bald wechselt...

Schullandschaft in Duderstadt

Die neue Gesamtschule in Duderstadt sorgt für Bewegung. Zumindest in der Schullandschaft. Während die Schülerzahlen massiv einbrechen, schafft das Bistum Hildesheim mit einer eigenen Gesamtschule ein neues Angebot. Jahrelange Verhandlungen mit dem Landkreis als Schulträger der Astrid-Lindgren-Hauptschule, der Heinz-Sielmann-Realschule und des Eichsfeld-Gymnasiums um eine Erweiterung des Realschulzweiges der St.-Ursula-Schule waren gescheitert.

Der Entschluss des Bistums Hildesheim, ein fortschrittliches Gesamtschulkonzept für Duderstadt einzurichten, sei konsequent und grundsätzlich pädagogisch zu begrüßen, erklärte Matthias Schenke, Kreistagsabgeordneter und Duderstadts SPD-Vorsitzender.

Der Haken an der Sache: Ein neues öffentliches Schulangebot muss sich der aktuellen Gesetzeslage fügen. Für einen privaten (kirchlichen) Schulträger gilt

diese Auflage des Landes jedoch nicht. Der kirchliche Träger muss kaum Rücksicht auf die öffentliche Schullandschaft nehmen. Und die aktuellen Zahlen zeigen: Lediglich sieben Kinder sind in der öffentlichen Hauptschule für das neue fünfte Schuljahr angemeldet. Dies reicht noch nicht ein Mal für die Bildung einer Klasse.

Jahrgangsübergreifend

An der Astrid-Lindgren-Hauptschule wird es also zur Bildung von jahrgangsübergreifenden Kombiklassen kommen. Auch die Heinz-Sielmann-Realschule muss sich auf spürbar schrumpfende Schülerzahlen einstellen und wird im kommenden Schuljahr nur noch drei neue Klassen einrichten können.



Die Haupt- und die Realschule in Duderstadt sollen künftig kooperieren, fordert die SPD.

„In dieser verworrenen Situation,“ so der Duderstädter Matthias Schenke, „liegt aber auch eine Chance.“ Die neue Gesamtschule in kirchlicher Trägerschaft wolle wohl nicht mit der öffentlichen Hauptschule kooperieren. Deshalb müssen Haupt- und Realschule organisatorisch verknüpft werden, fordert die SPD-Kreistagsfraktion in einem Antrag zur kommenden Kreistagssitzung. Nur so könnten gute Schulen für gute Schüler gesichert werden.

FFH-Schutzgebiet

Der Kreistag hat mit großer Mehrheit dem Entwurf einer Verordnung für ein Landschaftsschutzgebiet zugestimmt. Damit soll das bestehende FFH-Gebiet zwischen Dransfeld und Hedemünden mit Buchenwäldern und Kalkmagerrasen geschützt werden. Der Entwurf ist das Ergebnis von moderierten Veranstaltungen mit den Betroffenen. Deren Beteiligung war auf Initiative der SPD von allen Fraktionen beschlossen worden.

Fairer Kompromiss

Der jetzige Entwurf ist ein Kompromiss: Die Verwaltung wollte das FFH-Gebiet noch stärker schützen und als Naturschutzgebiet ausweisen. Das hätte zu weitgehenden Einschränkungen beim Nutzen und dem Betreten des Gebietes geführt. Dagegen hatten sich Nutzer und Eigentümer ausgesprochen.

Ingrid Möhring, umweltpolitische Sprecherin der Kreistagsfraktion, bewertet das Ergebnis als fairen Ausgleich zwischen Naturschutz und Nutzung: „Es ist uns gelungen, einen Konsens zu finden, der für beide Seiten tragfähig ist. Wir danken den Beteiligten für ihre Mitarbeit an



Der Schutz der Natur ist ein wertvolles Gut, dem sich die Nutzer anpassen müssen. Das Foto zeigt eine Wiese bei Scheden.

dem Entwurf.“ Mit dem Kompromiss sei, so Möhring, weiter eine nachhaltige Forstwirtschaft möglich. Sie sei die Voraussetzung für die Vielfalt der hiesigen Lebensräume. Gleichzeitig werde die Artenvielfalt erhalten und die Natur geschützt.

SPD sieht Land in der Pflicht

Scharfe Kritik übte die SPD-Fraktion hingegen an der CDU-Landtagsfraktion. Deren zuständiger Sprecher hatte vor Ort für die Beteiligten nur unverbindliche „warme Worte“ mitgebracht. Was der

Landkreis allerdings unbedingt brauche, sei mehr Personal und Geld von der Landesregierung, um Naturschutz effektiver zu organisieren. Seit 2005 hat das Land die Zuständigkeit für den Naturschutz auf die einzelnen Landkreise abgeladen, ohne ihnen die dabei entstehenden Kosten zu ersetzen.

Der Entwurf über das Landschaftsschutzgebiet wird nun einen Monat lang öffentlich ausgelegt. Die Gemeinden und Träger öffentlicher Belange – wie etwa Naturschutzverbände – können dann offiziell Stellung nehmen.



Weniger „weiße Flecken“!

DSL-Netzausbau im Landkreis bis Ende 2011

Für Selbständige und Firmen aller Branchen ist es gar nicht mehr vorstellbar, per Internet nicht oder nur sehr eingeschränkt erreichbar zu sein. Aber auch private Haushalte sind benachteiligt, wenn die Daten per Zeitlupe durch das Modem tröpfeln. Ob Hausarbeiten oder der Chat mit Freunden – ein ausreichender Internetanschluss ist heute genau so wichtig wie Wasser, Strom und Licht.

Doch in einigen Dörfern ist es in dieser Hinsicht immer noch zappenduster. Jetzt lassen positive Meldung aufhorchen: Der Ausbau des schnellen Internets schreitet

voran. Bund und Land fördern die Lückenschlüsse mit 2,3 Millionen Euro. Insgesamt werden rund 4,5 Millionen in den Ausbau investiert.

Bonaforth, Laubach, Lippoldshausen, Wiershausen, Speele, Lutterberg, Sichelstein, Nienhagen und Dahlheim stehen auf der Liste der Dörfer, die endlich komplett angeschlossen werden wollen. Auch Bördel, Jühnde, Meensen, Barlissen, Dahlenrode, Atzenhausen, Deiderode und Mollenfelde gehören dazu.

Die Lücken in Spanbeck, Renshausen,

Bodensee, Bilshausen, Wollbrandshausen, Wollershausen, Holzerode, Bösinghausen, Waake, Seeburg, Desingerode, Esplingerode, Werxhausen, Seulingen, Landolfshausen, Mackenrode, Potzwenden, Falkenhagen, Sattenhausen, Oberfeld und Roringen werden geschlossen.

Der SPD-Kreistagsabgeordnete Manfred Kuhlmann zeigt sich erfreut, denn seine Fraktion hatte bereits im Juni 2008 eine DSL-Machbarkeitsstudie beantragt und damit den Anstoß für die Landkreis-Aktivitäten gegeben. Auf Grundlage der Studie wurden dem Landkreis von Bund und Land die Fördermittel zugesagt und eine Ausschreibung durchgeführt.

Die SPD-Fraktion fordert allerdings nach wie vor einen umfassenden Lückenschluss, denn mit den Planungen sind die Probleme noch nicht alle gelöst: „Wir wollen, dass auch die anderen weißen Flecken im Landkreis verschwinden. Die Unternehmen brauchen die schnelle Kommunikation, damit sie konkurrenzfähig bleiben“, begründet Fraktions-Chef Jörg Wieland sein Drängen.

Die Verwaltung hatte unlängst mitgeteilt, dass entsprechende Gelder zur Verfügung stünden. „Der ländliche Raum darf den Anschluss nicht verlieren“, mahnt auch Manfred Kuhlmann aus Gleichen.

Bis Ende des kommenden Jahres sollen nun fast 7000 Haushalte im Landkreis Göttingen mit DSL versorgt werden. 80 Prozent laufen über Breitbandkabel, 20 Prozent über UMTS.

Foto: Rosental / pixelio.de

Wer betreut die Kinder?

Wer soll künftig im Landkreis Göttingen die Tagesbetreuung von Kindern durchführen? Der Landkreis selbst oder wie bisher die Kindertagespflegebörsen Göttingen e.V.? Mit dieser Frage beschäftigte sich der Ausschuss für Jugendhilfe des Göttinger Kreistages und sprach sich mehrheitlich gegen den Landkreis aus.

Damit hat die Kreisverwaltung ein handfestes Problem. Sie hat nämlich der Pflegebörsen bereits zum Jahresende gekündigt. Dabei hat sie noch nicht ein Mal den zuständigen Ausschuss eingebunden. Für die SPD-Kreistagsfraktion ist klar:

„Sozialdezernent Wucherpfennig hat sich verrannt. Er steht vor einem Scherbenhaufen“, kritisiert Dirk Aue, Sprecher seiner Fraktion im Ausschuss. Wer organisiert nun die Betreuung von über 100 Kindern? Aue: „Die Tagespflegebörsen haben gut gearbeitet. Deshalb muss der Kreis weiter mit ihr kooperieren.“

Der Landkreis, der seit 2005 mit der Pflegebörsen arbeitet, hatte noch im Herbst 2009 deren Arbeit öffentlich gelobt. Kurz darauf kam die Kündigung. Das kritisierten SPD und Experten im Ausschuss. Dirk Aue: „Bei solch wichtigen Entscheidungen muss der Ausschuss



Die Tagespflege ist ungeklärt.

AWO Kiel

mit seinem Sachverstand eingebunden werden. Er hätte aus guten Gründen wohl anders entschieden.“ Die Kreisverwaltung hatte die Kündigung damit begründet, dass die Arbeit der Pflegebörsen nicht ausreichend sei. Bis 2013 müssen die

Kommunen sicher stellen, dass jedes dritte Kind unter drei Jahren betreut werden kann, also gut 210 Kinder. Das sei, laut Verwaltung, mit der Pflegebörsen nicht zu erreichen. Wie die Verwaltung das selbst erreichen will, erklärte sie allerdings nicht.

Zur Person: Thorsten Heinze

Anschrift Mühlenweg 18
37120 Bovenden
Jahrgang 1965
verheiratet, zwei Kinder

Telefon 0551/3819395

E-Mail thorsten.heinze@spd-online.de

Im Kreistag seit 2006

Beruf selbständiger Unternehmer

Ausschüsse Umweltausschuss

Ehrenämter Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender des SPD-Ortsvereins
Bovenden, Gemeinderat Bovenden,
Ortsrat Bovenden

Hobbys Turniertanzsport



Zur Person: Ingrid Möhring

Anschrift Oberstr. 3
37075 Göttingen-
Herberhausen
Jahrgang 1942
verheiratet, zwei Kinder

Telefon 0551/22477

E-Mail ingrid.moehring@spd-herberhausen.de

Im Kreistag von 1990 bis 1996 sowie seit 2001

Beruf techn. Angestellte, Rentnerin

Ausschüsse Umweltausschuss (Sprecherin)
Gleichstellungsausschuss

Ehrenämter Ortsbürgermeisterin, Ortsrat

Mitgliedschaften Gemischter Chor Herberhausen
TSV Herberhausen



Neu im Fraktionsvorstand

Dirk Aue und Arne Czech sind neue stellvertretende Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion. Arne Czech (30) ist Rechtsanwalt und kommt aus Göttingen-Geismar. Er vertritt die SPD im Wirtschaftsausschuss des Kreistages.



Dirk Aue (44) ist Verwaltungsfachangestellter in seiner Heimatgemeinde Dransfeld. Er vertritt die SPD als Sprecher im Jugendhilfeausschuss. „Mit der Neubesetzung setzen wir den Kurs der personellen Verjüngung fort“, erklärte Fraktionschef Jörg Wieland. Dem Fraktionsvorstand gehören außerdem Reinhard Dierkes, Ruth Fleischer und Dr. Thorsten Heinze an.



Neues Gesetz zum Schutz vor Google Street View?

Nach den Justizministern der Bundesländer will jetzt auch der Bundesrat Geodienste wie Google Street View per Gesetz zum Datenschutz verpflichten. Der Bundesrat beschloss in seiner Juli-Sitzung die Ausarbeitung eines eigenen Gesetzentwurfs. Demnach sollen diese Unternehmen verpflichtet werden, Aufnahmen von Menschen und Auto-Kennzeichen zu anonymisieren. Zudem fordert die Ländervertretung, dass die Betroffenen vor Aufnahmefahrten darauf hingewiesen werden.

Mit ihren Forderungen vertreten die Länder jetzt die gleiche Position wie die SPD-Fraktion im Göttinger Kreistag und reagieren auf die breiten Proteste aus der Bevölkerung. Die Sozialdemokraten hatten im Kreisausschuss Anfang April beantragt, dass sich der Landkreis offiziell gegen die Aufnahmen zur Wehr setzen und die Bürger schützen solle. Die Fraktion hatte auch ein entsprechendes Widerspruchsfeld auf ihrer Internetseite zur Verfügung gestellt. Unverständlicherweise lehnte die CDU-Grünen-Mehrheit den Antrag ab.

Google selbst teilte unterdessen mit, dass es die Aufnahmefahrten „vorerst“ eingestellt. Vor einer Fortsetzung warnt jedoch SPD-Fraktions-Chef Jörg Wieland. Es sei damit zu rechnen, dass das Unternehmen nach den bisherigen Anstrengungen das in anderen Ländern bereits realisierte Projekt (siehe Landkreis aktuell 1/2010) nicht einfach aufgeben. „Deshalb werden wir im Kreistag eine Resolution einbringen, die den Gesetzgeber zum Handeln auffordert“, kündigte Wieland an.

Kurz notiert

100 Jahre Bahnstrecke

Der Landkreis Göttingen unterstützt die Feierlichkeiten zum Jubiläum der Bahnstrecke Göttingen-Bodenfelde am 26. September 2010. Die Bahnstrecke, um deren Aufwertung seit Jahren bislang erfolglos gerungen wird, war vor genau 100 Jahren eröffnet worden. Aus diesem Anlass wird vom Steinarbeitermuseum Adelebsen ein Dampfbahnzug eingesetzt und vor dem Bahnhof in Adelebsen ein Markt ausgerichtet. Aus dem Landkreis-Etat fließen 1750 Euro an die Organisatoren. Die SPD stimmte zu.

Halbe Million für Straßen

Der Kreistag hat mit großer Mehrheit über 500.000 Euro für die Sanierung und den Ausbau von Kreisstraßen bereitgestellt. Damit sollen vor allem die Straßenschäden behoben werden, die der strenge Winter 2009/2010 verursacht hat. Auch der Ausbau der Straße zwischen Bischhausen und Weißenborn wird angepackt. Das ist dringend nötig, denn Schlaglöcher stellen eine Gefahr für den Verkehr dar. Der harte Winter hat zudem die Kosten für den Winterdienst in die Höhe getrieben. 200.000 Euro musste der Landkreis dafür ausgeben. Bei der klammen Kassenlage bleibt zu hoffen, dass der nächste Winter etwas milder ausfällt.

Landkreis aktuell

Herausgeber:
SPD-Kreistagsfraktion Göttingen,
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel. 0551/525-242

Verantwortlich: Jörg Wieland

Geschäftsführer: Marcel Riethig
Mitarbeit: Gerd Aschoff

spd@landkreisgoettingen.de
www.spd-kreistag-goettingen.de